

Helmut Fuchs

Österreichisches Strafrecht
Allgemeiner Teil I

Grundlagen und Lehre
von der Straftat

Sechste, überarbeitete Auflage

Springers Kurzlehrbücher
der Rechtswissenschaft

SpringerWienNewYork

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs	Verzeichnis.....	XXI
------------	------------------	-----

I. Abschnitt: Allgemeine Grundlagen

1. Kapitel: Begriff und Gliederung des Strafrechts.	1
I. Normen und Werte.	1
II. Das Wesen der Strafe.	3
1. Übelscharakter.	3
2. Tadelfunktion.	3
III. Abgrenzung der Strafe von ähnlichen Rechtsfolgen.	4
IV. Aktuelle Entwicklung: Vom Strafrecht zum Kriminalrecht.	7
2. Kapitel: Zweck und Rechtfertigung der Strafe.	9
I. Die Strafrechtstheorien.	9
II. Zweck und Legitimation der Strafe in heutiger Sicht.	11
1. Strafzwecke.	11
a) Spezialprävention.	11
b) Generalprävention.	12
c) Ablehnung der Vergeltung als Strafzweck.	12
2. Die Unentbehrlichkeit des Strafrechts.	13
3. Schuld als Voraussetzung der Strafe.	14
a) Schuld als persönliche Vorwerfbarkeit.	14
b) Sittlich neutrale Schuld?.	14
aa) Schuld als Ausfluss der präventiven Bedürfnisse.	14
bb) Der „reduzierte“ Schuldbegriff.	15
c) Strafrechtliche Schuld als sozial-ethischer Vorwurf.	16
4. Rechtfertigung der Strafe durch Schuld und kriminalpolitische Notwendigkeit.	17
III. Versagen der schuldangemessenen Strafe in besonderen Situationen.	18
IV. Diversion statt Strafe.	19
3. Kapitel: Geschichte, Rechtsquellen, Literatur.	22
I. Zur Geschichte des österreichischen Strafrechts.	22
1. Das alte Strafrecht.	22
2. Strafgesetzbuch 1974 (StGB 1974).	22
3. Änderungen seit 1975.	23
II. Rechtsquellen.	25
III. Literatur und Entscheidungen.	26
1. Gesetzesausgaben.	26
2. Lehrbücher und Kommentare.	27
3. Entscheidungen.	28
4. Aufsätze und Monographien.	29
5. Elektronische Medien.	29

4. Kapitel: Auslegung und Lückenschließung; keine Strafe ohne Gesetz	30
I. Auslegung (Interpretation) als notwendige Voraussetzung jeder Rechtsanwendung	30
II. Methodische Regeln der Auslegung	30
1. Allgemeines	30
2. Einzelne Auslegungsregeln	31
a) Wortinterpretation	31
b) Systematische Interpretation	31
c) Historische Interpretation	31
d) Teleologische Interpretation	32
III. Exkurs: In dubio pro reo und in dubio mitius	33
IV. Auslegung im engeren Sinn und Analogie	33
V. Keine Strafe ohne Gesetz (nullum crimen, nulla poena sine lege) als besondere Auslegungsregel des Strafrechts	34
1. Das Wesen der Nulla-poena-sine-lege-Regel	34
2. Das sogenannte Analogieverbot (nulla poena sine lege stricta)	35
a) Inhalt	35
b) Reichweite	36
c) Verfassungsrechtliche Absicherung	37
3. Das Rückwirkungsverbot	37
a) Begriff der Rückwirkung	37
b) Inhalt des Rückwirkungsverbotes	38
4. Verbot des Gewohnheitsrechtes	38
5. Das Bestimmtheitsgebot	39
5. Kapitel: Internationales Strafrecht und Europastrafrecht	40
I. Übersicht	40
1. Internationaler Strafgerichtshof und Römisches Statut	40
2. Kollisionsrecht	41
3. Strafanwendungsrecht	42
4. Auslieferung und Rechtshilfe	43
5. Zwischenstaatliches Strafrecht und Europastrafrecht	43
II. Das österreichische Strafanwendungsrecht (§§ 62 bis 67 StGB)	44
1. Territorialitätsprinzip	44
2. Personalitätsprinzip	45
3. Schutzprinzip	46
4. Universalitätsprinzip (Prinzip der Weltstrafrechtspflege)	47
5. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege	47
6. Anrechnung der im Ausland verbüßten Strafe	48
III. Auslieferung in das Ausland	49
1. Begriff und gesetzliche Grundlagen	49
2. Grundsätze des Auslieferungsrechts	49
3. Auslieferung in der EU	51
II. Abschnitt: Die Lehre von der Straftat	
A) Grundlagen	
6. Kapitel: Elemente der Straftat	53
I. Grundbegriffe	53
II. Die Straftat als Handlung	54
III. Weitere Merkmale der Straftat	55

7. Kapitel: Die Handlung	57
I. Die verschiedenen Handlungsbegriffe.	57
II. Zur Bedeutung der finalen Handlungslehre.	57
III. Aufgabe des Handlungsbegriffes.	58
IV. Formal-abstrakter Handlungsbegriff.	58
8. Kapitel: Die verschiedenen Verbrechenssysteme (Straftatsysteme).	60
I. Der analytische Verbrechenbegriff.	60
II. Die einzelnen Verbrechenssysteme.	61
1. Der klassische Verbrechenbegriff (objektive Unrechtslehre; Beling, Rittler, Nowakowski im Lehrbuch).	61
2. Lehre von den subjektiven Unrechtselementen.	62
3. Die moderne Verbrechenlehre (personale Unrechtslehre).	63
9. Kapitel: Grundformen der Straftaten	66
I. Inhaltliche Einteilungen.	66
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte.	66
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte.	67
3. Einteilung nach dem Rechtsgut	68
II. Formale Einteilung: Verbrechen und Vergehen	68
B) Das Begehungsdelikt als Modellfall	
a) Begründung des Unrechts durch den Tatbestand	
10. Kapitel: Lehre vom Unrecht und vom Tatbestand.	70
I. Rechtswidrigkeit und Unrecht	70
1. Rechtswidrigkeit als Verhaltenseigenschaft	70
2. Unrecht als das rechtswidrige Verhalten selbst	71
II. Behandlung des Unrechts im Straftatsystem.	73
1. Tatbestand als Unrechtstypus.	73
2. Zusammenfassung: Die verschiedenen Tatbestandsbegriffe.	73
III. Elemente des Tatbestands als Unrechtstypus.	74
1. Unrechtserhebliche generelle Tatmerkmale.	74
2. Die einzelnen Elemente des Tatbestands im Allgemeinen.	75
a) Tatsubjekt	75
b) Tathandlung, Erfolg und Rechtsgutsbeeinträchtigung	75
c) Objektiver Tatbestand (äußerer Tatbestand, Tatbild) und subjektiver Tatbestand (innerer Tatbestand).	77
3. Zusammenfassung: Aufbau des Tatbestandes bei Vorsatz- und bei Fahrlässigkeitsdelikten.	78
IV. Weitere Einteilungen der Deliktstatbestände.	79
1. Abwandlungen: Grunddelikt, Qualifizierungen und Privilegierungen; selbständige Abwandlungen.	79
2. Einteilungen nach dem äußeren Aufbau.	80
a) Einfache Delikte und Misdelikte.	80
b) Einaktige und mehraktige Delikte.	80
c) Delikte mit erweitertem Vorsatz („Delikte mit überschießender Innentendenz“, „Absichtsdelikte“) und Tendenzdelikte.	80
d) Zustandsdelikte und Dauerdelikte.	81
11. Kapitel: Der objektive Tatbestand (das Tatbild) des Vorsatzdelikts.	82
I. Merkmale des Tatbestandes.	82
II. Im Besonderen: Die Tathandlung des Vorsatzdelikts.	82

1. Schluss von der Erfolgsverursachung auf die Tathandlung	82
2. Entfall des äußeren Tatbestandes bei erlaubtem Risiko.	83
3. Sozial-inadäquate Gefährlichkeit als notwendige Eigenschaft der Tathandlung.	83
4. Risikoverringerung	83
12. Kapitel: Der Tatbestand des Fahrlässigkeitsdelikts	85
I. Wesen der Fahrlässigkeit	85
1. Fahrlässigkeit als eigenständige Unrechtsform.	85
2. Fahrlässigkeit als Sorgfaltswidrigkeit.	86
II. Objektive Sorgfaltswidrigkeit des Verhaltens.	87
III. Weitere Tatbestandsmerkmale	89
IV. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	89
13. Kapitel: Kausalität und objektive Zurechnung des Erfolges	91
I. Objektive Zurechnung.	91
1. Begriff der objektiven Zurechnung.	91
2. Kausalität und objektive Zurechnung.	91
II. Die Kausalität	92
1. Formel von der gesetzmäßigen Bedingung.	92
2. Einzelne Kausalitätsprobleme.	92
3. Die Eliminationsmethode.	93
4. Kausalität als Wahrscheinlichkeitsurteil ex ante.	94
5. Kausalität und Zweifelsgrundsatz	95
III. Spezifisch normative Verknüpfung zwischen Handlung und Erfolg (normative Zurechnung).	95
1. Kausalität und normative Zurechnung als zwei Stufen der objektiven Zurechnung.	95
2. Die Stufen der normativen Zurechnung	96
a) Adäquanz	97
b) Lehre vom Risikozusammenhang (Schutzzweckzusammenhang, Schutzzweck der Norm, objektive Vorhersehbarkeit des Erfolges).	97
aa) Grundgedanke.	97
bb) Prüfung des Risikozusammenhanges.	98
cc) Fallgruppen.	99
dd) Rechtsfolge.	102
c) Risikoerhöhung gegenüber rechtmäßigem Alternativverhalten.	102
aa) Problem.	102
bb) Lehre von der Risikoerhöhung	103
cc) Einwendungen gegen die Lehre von der Risikoerhöhung	104
14. Kapitel: Vorsatz und Tatbildirrtum	106
I. Wesen des Vorsatzes.	106
1. Vorsatz als Wissen und Wollen.	106
2. Direkter Vorsatz und Eventualvorsatz	106
3. Besonderer Anwendungsbereich von Wissentlichkeit und Absichtlichkeit	107
4. Tatbildvorsatz und erweiterter Vorsatz	108
II. Einzelheiten	108
1. Gegenstand des Vorsatzes.	108
2. Tatsachenkenntnis und Wertung	110

a) Kenntnis des sozialen Bedeutungsgehaltes als Gegenstand des Vorsatzes.110
b) Maßstab der Bewertung.112
3. Bewusstseinsform des Vorsatzes.112
4. Zeitpunkt des Vorsatzes.112
5. Konkretisierung des Vorsatzes und „dolus generalis“.114
6. Tatbestandsbezogenheit des Vorsatzes und dolus alternativus.114
III. Tatbildirrtum als Gegenstück des Vorsatzes.115
1. Begriff des Tatbildirrtums.115
2. Folgen des Tatbildirrtums.117
IV. Eventualvorsatz als Grenzform des Vorsatzes.117
1. Begriff.117
2. Möglichkeiten einer Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit.118
3. Gesetzliche Regelung.118
a) Wissens- und Willensseite.118
b) Vorsatz als Bewusstsein eines verbotenen Risikos.119
c) Deliktsspezifische Auslegung.119
V. Besondere subjektive Tatbestandsmerkmale.120
b) Ausschluss des Unrechts durch Rechtfertigungsgründe	
15. Kapitel: Das Wesen der Rechtfertigungsgründe.122
I. Formeller Ansatz.122
II. Materieller Ansatz.122
III. System der Rechtfertigungsgründe.123
16. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe I: Wertekollisionen (Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung, ärztliche Heilbehandlung, Erziehung).124
I. Einwilligung des Verletzten.124
1. Abgrenzung: Einwilligung als Tatbestandsmerkmal.124
2. Einwilligung des Verletzten als Rechtfertigungsgrund.125
3. Voraussetzungen.126
a) Einwilligung und Erklärung.126
b) Gegenstand der Einwilligung.126
c) Verfügungsbefugnis über das Rechtsgut.128
d) Anforderungen an die Einwilligung.130
e) Zeitpunkt der Einwilligung.131
4. Exkurs: Sportverletzungen.131
II. Mutmaßliche Einwilligung.132
1. Handeln im Interesse des Verletzten.132
2. Handeln bei mutmaßlich fehlendem Interesse des Berechtigten.134
III. Ärztliche Heilbehandlung.134
IV. Rechtsgutsverletzungen als Erziehungsmittel.135
17. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe II: Notrechte (Notwehr, rechtfertigender Notstand, offensive Selbsthilfe).137
I. Grundstruktur der Notrechte.137
1. Notsituation und Interessenkollision.137
2. Grundsatz der Interessenabwägung.137
II. Notwehr (§3).138
1. Grundgedanke.138

2. Voraussetzungen der Notwehr.	139
a) Notwehrsituation	139
aa) Angriff	139
bb) Rechtswidrigkeit	140
cc) Gegenwärtigkeit	141
dd) Notwehrfähige Rechtsgüter.	141
b) Notwehrhandlung	143
3. Einschränkungen der Notwehr.	145
a) Geringfügige Angriffe.	145
b) Die sog Notwehrprovokation.	146
c) Weitere Einschränkungen.	147
4. Sonstige Notwehrprobleme.	148
III. Rechtfertigender Notstand	150
1. Grundgedanke.	150
2. Voraussetzungen der Rechtfertigung	151
a) Notstandssituation	151
b) Notstandshandlung	151
aa) Grundsatz der Güterabwägung	151
bb) Risiko und Rettungschance.	152
cc) Zurechnungsprinzip.	152
dd) Angemessenheitskorrektiv.	154
3. Weitere Notstandsprobleme.	154
IV. Offensive Selbsthilfe.	155
18. Kapitel: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe III:	
Weitere Rechtfertigungsgründe.	158
I. Pflichtenkollision	158
1. Begriff.	158
2. Grundsätze der Problemlösung	159
II. Ausübung von Amts- und Dienstpflichten.	160
1. Rechtfertigung durch gesetzliche Eingriffsbefugnisse.	160
2. Wichtige Eingriffsbefugnisse, insbes für die Polizei.	161
3. Fehlen der Eingriffsermächtigung	163
4. Rechtmäßiger Widerstand gegen Amtshandlungen	163
5. Handeln auf Weisung und Befehl.	164
III. Anhalterecht Privater (§ 86 Abs 2 StPO).	164
1. Rechtfertigungssituation.	165
2. Rechtfertigungshandlung	165
3. Abgrenzung	165
19. Kapitel: Subjektive Rechtfertigungselemente	167
I. Das Problem.	167
II. Lösung	167
III. Andere Lösungsvorschläge.	168
IV. Inhalt des subjektiven Rechtfertigungselements.	169
20. Kapitel: Irrtümliche Annahme eines rechtfertigenden Sachverhalts (§ 8) ..	171
I. Wesen des § 8-Irrtums.	171
II. Abgrenzung	171
III. Gesetzliche Regelung	172
IV. Rechtsnatur des Strafausschlusses.	172
V. Abschlussbeispiel.	173

c) Schuld

21. Kapitel: Grundlagen und Aufbau des Schuldbegriffs	175
I. Schuld im Straftatsystem (Strafbegründungsschuld)	175
II. Inhalt des Schuldvorwurfs	175
III. Übersicht über die einzelnen Schuld Elemente	176
22. Kapitel: Zurechnungsunfähigkeit	178
I. Grundlagen	178
II. Zurechnungsunfähigkeit infolge jugendlichen Alters	179
III. Zurechnungsunfähigkeit infolge psychischer Störungen (§11)	179
IV. Verminderung der Zurechnungsfähigkeit	180
V. Zusammenfassung: Auswirkungen der Berausung im Strafrecht	181
1. Handlungsunfähigkeit	181
2. Volle Berausung	181
a) Entfall der Schuld	181
b) Actio libera in causa	181
c) Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung im Zustand voller Berausung (§ 287)	182
3. Minderrausch	184
23. Kapitel: Unrechtsbewusstsein und Verbotsirrtum	185
I. Sachverhaltskenntnis und Kenntnis der Verbotsnorm	185
II. Aktuelles Unrechtsbewusstsein	186
III. Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	187
IV. Gesetzliche Regelung des Verbotsirrtums nach § 9 StGB	188
1. Begriff und Abgrenzung	188
2. Rechtsfolgen	189
3. Kriterien der Vorwerfbarkeit (§ 9 Abs 2)	189
V. Finanzstrafgesetz	190
24. Kapitel: Besondere Entschuldigungsgründe	191
I. Allgemeines	191
1. Grundgedanke	191
2. Entschuldigung bei Unzumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens	191
3. Schuldabschluss und Vergleich mit dem Verhalten eines maßgerechten Menschen	192
4. Übersicht über die wichtigsten Entschuldigungsgründe	192
II. Entschuldigender Notstand (§10)	193
1. Notstandslage	193
2. Notstandshandlung	194
3. Rettungswille (subjektive Elemente der Entschuldigung)	196
4. Notstandshilfe	196
5. Rechtsfolge	196
6. Verhältnis des § 10 zu Entschuldigungsgründen des Besonderen Teils	197
III. Notwehrüberschreitung aus asthenischem Affekt (§ 3 Abs 2)	197
1. Grundgedanke	197
2. Anwendungsbereich	198
3. Voraussetzungen und Rechtsfolge	198
IV. Putativnotwehrüberschreitung aus asthenischem Affekt	199
V. Irrtümliche Annahme eines entschuldigenden Sachverhalts	199

25. Kapitel: Besondere Schuldmerkmale (sog „Schuldtatbestand“)	201
I. Begriff	201
II. Fallgruppen	201
III. Praktische Bedeutung	202
26. Kapitel: Besonderheiten der Fahrlässigkeitsschuld	203
I. Schuldfähigkeit und Unrechtsbewusstsein	203
II. Positiv zu prüfende Schuldmerkmale	203
1. Subjektive Sorgfaltswidrigkeit	203
2. Subjektive Zurechenbarkeit des Erfolges	205
3. Zumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens	205
d) Zusätzliche Voraussetzungen der Strafbarkeit	
27. Kapitel: Zusätzliche Voraussetzungen der Strafbarkeit	207
I. Begriff und praktische Bedeutung	207
II. Einzelne Fälle	208
1. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	208
2. Strafausschließungsgründe	209
3. Strafaufhebungsgründe	210
C) Der Versuch	
28. Kapitel: Wesen und Strafbarkeit des Versuchs	211
I. § 15 StGB als Strafausdehnungsnorm	211
II. Vollendung und (materielle) Beendigung (Vollbringung)	211
III. Versuch und Vorbereitung	213
1. Versuch	213
2. Vorbereitung	215
IV. Strafbarkeit des Versuchs	216
1. Reine Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	216
2. Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	217
3. Unternehmens-, Vorbereitungs- und Beihilfedelikte	219
V. Zum Strafgrund des Versuchs	221
1. Einzelne Theorien	221
2. Einzelne Argumente zu den Theorien	222
3. Zusammenfassende Bewertung und Konsequenzen	224
29. Kapitel: Die Merkmale des Versuchs nach § 15 StGB	225
I. Übersicht	225
II. Tatentschluss	226
1. Gegenstand des Tatentschlusses	226
2. Bewusstseins- und Willensinhalt	228
III. Die Versuchshandlung (Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch)	229
1. Wesen	229
2. Ausführungshandlung als Ausgangspunkt	230
3. Ausdehnung der Versuchsstrafbarkeit auf die sog ausführungsnahen Handlungen	232
4. Fallgruppen und Einzelfälle	234
30. Kapitel: Der straflose untaugliche Versuch	238
I. Das Problem	238
II. Versuchsdefinition und Tauglichkeit des Versuchs	239

1. Lehre vom Mangel am Tatbild	239
2. Tauglichkeit als Voraussetzung des strafbaren Versuchs	240
3. Anwendungsbereich der Tauglichkeitsregel	241
III. Auslegung	241
1. Rechtsprechung vor dem StGB.	241
2. Lehre vom begleitenden Beobachter.	242
3. Lehre von der objektiven Untauglichkeit	244
4. Besondere Einzelfälle.	247
5. Ausblick	248
31. Kapitel: Rücktritt vom Versuch (§16).	250
I. Tataufgabe und Schadensgutmachung als Strafaufhebungsgründe.	250
II. Grund der Strafaufhebung	251
III. Wirkungen des Rücktritts	252
IV. Voraussetzungen für den Rücktritt des Einzeltäters.	252
1. Rücktrittswille und Rücktrittsleistung.	252
2. Beendeter Versuch.	253
a) Begriff.	253
b) Rücktritt durch Abwenden des Erfolges.	253
c) Rücktritt durch Bemühen	253
3. Unbeendeter Versuch	254
a) Rücktritt durch Aufgeben der Ausführung.	254
b) Ausschluss des Rücktritts beim fehlgeschlagenen Versuch	255
c) Rücktritt bei Delikten mit mehraktigen oder wiederholten Ausführungshandlungen.	256
aa) Das Problem.	256
bb) Lösungsmöglichkeiten.	256
cc) Stellungnahme.	259
dd) Ergebnis.	260
V. Freiwilligkeit	260
VI. Rücktritt bei Beteiligung mehrerer.	261
D) Beteiligung mehrerer	
32. Kapitel: Grundlagen der Beteiligungslehre	262
I. Gesetzliche Formulierung der Deliktsbeschreibungen des Besonderen Teils als Ausgangspunkt	262
II. Das Teilnahmesystem der Beteiligung.	263
1. Prinzip des Teilnahmesystems.	263
2. Qualitative und quantitative Akzessorietät.	264
3. Probleme des Teilnahmesystems.	264
a) Abweichungen von Typisierung und kriminellem Gewicht des Beitrags.	264
b) Strafbarkeitslücken.	265
c) Erweiterung des Täterbegriffes.	265
d) Nicht schließbare Lücken.	265
III. Die Lehre vom Einheitstäter.	266
1. Prinzip des Einheitstätersystems.	266
2. Probleme des Einheitstätersystems.	267
a) Begriffsbildung und Gleichwertigkeit der Täterformen.	267
b) Ausdehnung der Versuchsstrafbarkeit	268
c) Beteiligung an einem tatbestandslosen Verhalten.	268

IV. Die Einheitstäterregelung des österreichischen Strafrechts	268
1. Grundsätzliche Entscheidung für das Einheitstätersystem	268
2. Straflösigkeit der versuchten Beitragstäterschaft	269
3. Keine qualitative Akzessorietät	271
4. Unabhängige Strafbarkeit aller Beteiligten bei voller Tatbestandsverwirklichung	272
33. Kapitel: Die drei Täterschaftsformen des § 12 StGB.	274
I. Unmittelbare Täterschaft	274
1. Vornahme der Ausführungshandlung	274
2. Keine unmittelbare Täterschaft bei Handeln durch ein menschliches Werkzeug	274
3. Konsequenzen der formalen Abgrenzung	275
4. Sonderfälle	276
a) Mittäterschaft bei arbeitsteiligem Vorgehen	276
aa) Zusammenwirken bei der Tatausführung	276
bb) Wechselseitige Zurechnung der Erfolge	277
b) Unmittelbare Täterschaft bei mehraktigen Delikten	278
aa) Unmittelbare Täterschaft durch Ausführung des letzten Teilaktes	278
bb) Keine „sukzessive Mittäterschaft“	278
II. Beitragstäterschaft in zwei Formen	279
III. Bestimmungstäterschaft (Anstiftung)	279
1. Inhalt des Bestimmens	279
2. Voraussetzungen der Bestimmungstäterschaft	280
3. Bestimmung zur unvorsätzlichen Tatausführung	281
4. Bestimmungshandlung	282
IV. Täterschaft durch sonstigen Beitrag (Beihilfe)	282
1. Wesen	282
2. Voraussetzungen	283
3. Beitragstäterschaft bei unvorsätzlicher Tatausführung	283
4. Beitragshandlung	285
a) Physische und psychische Unterstützung	285
b) Sozial-adäquate Handlungen	286
c) Zeitpunkt der Unterstützung	287
V. Übergreifende Probleme	288
1. Selbständige Strafbarkeit der Beteiligten	288
2. Vorsatzprobleme	289
a) Vollendungsvorsatz	289
b) Besondere Vorsatzformen	289
c) Konkretisierung des Vorsatzes	291
d) Error in objecto und aberratio ictus	291
e) Exzess des unmittelbaren Täters	292
3. Rechtfertigung eines Tatbeteiligten	293
4. Mitwirkung an fremder Selbstgefährdung und Selbsttötung	294
a) Eigenverantwortliches Opfer	294
b) Nicht eigenverantwortliches Opfer	295
c) Einverständliche Fremdgefährdung	295
VI. Ausblick: Verdeckte unmittelbare Täterschaft?	295
1. Möglichkeit der unmittelbaren Täterschaft bei Verwendung eines menschlichen Werkzeuges	295
2. Ablehnung in der Praxis	296

34. Kapitel: Beteiligung und Versuch	298
I. Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen den drei Täterformen	298
II. Versuch der unmittelbaren Täterschaft	298
III. Beteiligung an einem Versuch	299
1. Beteiligung an einer vorsätzlichen Tatausführung	299
2. Versuch auch bei fehlendem Tatvorsatz des unmittelbar Ausführenden	299
a) Ausführung durch einen anderen	299
b) Abhängigkeit nicht vom Vorsatz, aber vom Handlungswillen	300
c) Versuch nur bei tatsächlicher Gefährdung des Rechtsgutes	301
3. Voraussetzungen der Beteiligung an einem Versuch	302
a) Bestimmungstäterschaft	302
b) Sonstiger Beitrag	303
IV. Versuchte Beteiligung	303
1. Strafbarkeit der versuchten Bestimmungstäterschaft	303
a) Voraussetzungen	303
b) Erscheinungsformen	304
c) Versuchsbeginn bei der Bestimmungstäterschaft	304
d) Kriminalpolitische Bedenklichkeit der weiten Versuchsstrafbarkeit	305
e) Anwerben von Mittätern als versuchte Bestimmung?	305
2. Straflösigkeit des versuchten sonstigen Beitrags	306
35. Kapitel: Beteiligung mehrerer am Sonderdelikt	307
I. Grundsätze	307
II. § 14 als Strafausdehnungsnorm	308
1. Unrechts- und schuldrelevante Täterqualifikationen	308
2. Abgrenzung	308
III. Anwendung	310
1. Beteiligung im Allgemeinen	310
2. Beteiligung an unvorsätzlichem Handeln des Qualifizierten	311
a) Grundsätzliche Möglichkeit der Beteiligung an unvorsätzlichem Handeln	311
b) Mitwirkung des Qualifizierten „in bestimmter Weise“ (§ 14 Abs 1 Satz 2)	311
c) Anwendung auf Amtsmissbrauch und Untreue	311
d) Weitere Delikte	314
3. Eigenhändige Delikte	314
IV. Sonderregeln	315
1. Militärdelikte	315
2. Begehung im Familienkreis	316
36. Kapitel: Besondere Probleme der Beteiligung mehrerer	317
I. Prozessuale Probleme	317
1. Beteiligungsform und Nichtigkeitsgründe	317
2. Wahlfeststellungen	318
3. Fragestellung im geschworenengerichtlichen Verfahren	319
II. Kettenbeteiligung	319
III. Zusammentreffen mehrerer Beteiligungsformen in einer Person	320
IV. Notwendige Beteiligung	321
V. Beteiligungsähnliche Deliktstypen des Besonderen Teils	322
VI. Beteiligung mehrerer am Fahrlässigkeitsdelikt	322
1. Anwendung des § 12	322
2. Objektive Sorgfaltswidrigkeit	323

E) Das Unterlassungsdelikt (Besonderheiten)

37. Kapitel: Besonderheiten der Unterlassungsdelikte 325

I. Grundlagen der Unterlassungshaftung 325

 1. Echte und unechte Unterlassungsdelikte 325

 2. Tun (Handeln) und Unterlassen 326

II. Der objektive Tatbestand (Tatbild) der Unterlassungsdelikte 329

 1. Besondere Merkmale aller Unterlassungsdelikte 329

 a) Pflichtbegründende Sachlage 329

 b) Unterlassung 329

 c) Objektive Möglichkeit 329

 2. Weitere äußere Tatmerkmale der Erfolgs-Unterlassungsdelikte:
 Erfolg und Kausalität der Unterlassung 330

 3. Weitere äußere Tatmerkmale der Garantenunterlassungsdelikte
 (insbesondere bei der Begehung durch Unterlassung, § 2):
 Garantenstellung 332

 a) Gesetzliche Merkmale der Garantenpflicht 332

 b) Formale Einteilung 333

 c) Inhaltliche Bestimmung 333

 aa) Obhutsgaranten 334

 bb) Überwachungsgaranten 335

 4. Bei Begehung durch Unterlassung (§ 2): Gleichwertigkeitsklausel 337

III. Vorsatz und Fahrlässigkeit 338

 1. Vorsatzdelikt 338

 2. Fahrlässigkeitsdelikt 339

IV. Rechtswidrigkeit und Schuld 340

V. Versuch des Unterlassungsdelikts 341

VI. Beteiligung mehrerer beim Unterlassungsdelikt 342

Anhang: Schema der Fallprüfung 344

Sachverzeichnis 349